

NDB-Artikel

Lüdemann, Hermann sozialdemokratischer Politiker, * 5.8.1880 Lübeck, † 27.5.1959 Kiel. (evangelisch, dann Dissident)

Genealogie

V Heinrich (1840–82), Arbeiter u. Gastwirt in L., S d. Lohndieners Heinrich Carl Bernhard u. d. Anna Magdalena Böttcher;

M Catharina (1848–99), T d. Kleinbauern Hans Christian Holzicker in Badendorf u. d. Anna Margaretha Weber;

⊙ 1)|Lübeck 1907 (∞ 1921), Clara Rudolphine (1880–1977), T d. Franz Christoph Heinrich Schwedt in L., 2) Berlin 1922 (∞ 1933/34) Margarete (1888–1973), T d. Hans Sarnighausen;

2 T aus 1), 1 T aus 2).

Leben

Nach dem Besuch der Real- und der Gewerbeschule in Lübeck und einer 3jährigen Maschinenbaulehre absolvierte L. die Ingenieurschule in Zwickau. Einer 6monatigen Praxis auf See folgte ein Studium an der TH Berlin. Den seit 1899 ausgeübten Ingenieurberuf gab L. 1905 zugunsten seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit als Geschäftsführer des von ihm 1904 mitbegründeten „Bundes der technischen Angestellten und Beamten“ auf. Seine politischen Vorstellungen suchte er in der „Demokratischen Vereinigung“ Theodor Barths zu verwirklichen. Die Enttäuschung über den geringen Anklang, den diese fand, führte ihn 1912 zur Sozialdemokratie. L. arbeitete zunächst als freier Schriftsteller in Berlin. Bereits während seiner gewerkschaftlichen Arbeit zeichnete er sich durch Organisationstalent aus, das er auch als stellvertretender Abteilungsleiter der Zentraleinkaufsgesellschaft (1915–18), als Referent im Reichsarbeitsministerium (1919/20) und in nachfolgenden Positionen bewies. L.s politische Laufbahn begann 1915 mit der Wahl in die Stadtverordnetenversammlung von Berlin-Wilmersdorf, der er bis 1922 angehörte. 1918/19 war er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin. 1919 vertrat er die Berliner Sozialdemokratie in der Verfassunggebenden Preuß. Landesversammlung und anschließend bis 1929 im Preuß. Landtag. Um nach dem Kapp-Putsch 1920 den Forderungen der Gewerkschaften nach einer radikalen Regierungsneubildung in Preußen entgegenzukommen, berief Otto Braun den damals als „links stehend“ eingeschätzten L. als Finanzminister in sein erstes Kabinett. Nach der Landtagswahl von 1921, die der SPD Stimmenverluste brachte, trat er zusammen mit dem „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner als einer der schärfsten Gegner einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei (DVP) auf. Es kam zur Bildung des Kabinetts Adam Stegerwald

(Zentrum), dem die SPD nicht mehr angehörte. Bis zu seiner Wahl zum Regierungspräsidenten von Lüneburg 1927 arbeitete L. in der Geschäftsführung des gemeinwirtschaftlichen Bauhüttenverbandes in Berlin. 1928 folgte er der Berufung zum Oberpräsidenten von Niederschlesien in Breslau. Hier machte sich L. bald einen Namen als Gegner der Nationalsozialisten. Im Zusammenhang mit der Absetzung der preuß. Regierung durch Reichskanzler v. Papen wurde er 1932 seines Amtes enthoben. Bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 ließ ihn sein direkter politischer Gegner in Breslau, der SA-Führer Ernst Heines, verhaften. Es folgten zwei schwere Jahre in den Konzentrationslagern Breslau-Dürrgoy, Esterwegen und Lichtenburg, in denen L. schlimmsten Mißhandlungen und Demütigungen ausgesetzt war. Nach seiner Entlassung aus dem KZ 1935 verdiente er seinen Lebensunterhalt als Kinogeschäftsführer. Wegen seiner Kontakte zum Widerstandskreis um Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff, die er im KZ Lichtenburg kennengelernt hatte, wurde er nach dem 20.7.1944 erneut verhaftet. Das Verfahren vor dem Volksgerichtshof führte zu einem Freispruch, nicht jedoch zu seiner Freilassung. Der Untersuchungshaft in Berlin schlossen sich erneute KZ-Leiden in Ravensbrück und Sachsenhausen an.

Nach Kriegsende nahm L. seine politische Arbeit wieder auf. In Mecklenburg-Vorpommern wurde er Landessekretär der wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei, als entschiedener Gegner der Vereinigung mit der KPD aber bald auf den Posten eines „Sonderbeauftragten für Torwirtschaft“ abgeschoben. Jegliche politische Tätigkeit wurde ihm untersagt. So ging L. nach Berlin, wo er sich an der Seite Otto Suhrs im Wahlkampf 1946 erfolgreich einsetzte. Noch im selben Jahr wurde er Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident im Koalitionskabinett Theodor Steltzers (CDU) in Schleswig-Holstein, nach dem Wahlsieg der SPD bei den Landtagswahlen im April 1947 Ministerpräsident. Schwerpunkte seiner Regierungsarbeit waren neben der Einführung einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und der Lösung des Flüchtlings- und Ernährungsproblems die Bodenreform und die verkehrsmäßige Erschließung des Landes als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. L. berief die ersten Umsiedlungskonferenzen ein, welche die Umsiedlung der Vertriebenen in Westdeutschland aus den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern in die Industriegebiete einleiteten. Im schleswig-holstein. Landtag führte er die Institution des Oppositionsführers nach britischem Vorbild ein. Mit Erfolg widersetzte er sich den Bestrebungen um eine Eingliederung Südschleswigs nach Dänemark. Bei der Bekämpfung des Hungers und der Wohnungsnot setzte er auch unpopuläre Entscheidungen durch. Die starken Stimmenverluste der SPD in Schleswig-Holstein bei den Bundestagswahlen 1949 wurden L. von einem Teil seiner eigenen Partei persönlich angelastet. Daraufhin trat er zugunsten von Bruno Diekmann als Ministerpräsident zurück. Bevor 1958 ein Schlaganfall seine politische Laufbahn beendete, setzte er sich als Abgeordneter und Alterspräsident des Landtages weiter vehement für die von ihm initiierten Reformen und Problemlösungen ein. Die von ihm ausgegangenen politischen Impulse fanden ihren Niederschlag in der Landessatzung und der Sozialgesetzgebung Schleswig-Holsteins.

Werke

Techn., wirtsch. u. soz.-pol. Abhh., u. a. Die Not e. Landes! Denkschr. üb. Schleswig-Holstein, 1948;

„Südschleswig“? Eine Entgegnung auf d. Antrag d. Südschleswig. Wählerverbandes auf d. Bildung e. selbständigen Landes „Südschleswig“, 1948.

Literatur

W. Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand, 1956, S. 65 (P);

S. Aufhäuser, in: Der Techniker, Zs. d. Dt. Angestellten-Gewerkschaft 12, Nr. 6 v. 10.6.1959, S. 1 f. (P);

R. Asnus u. E. Maletzke, Das Haus an der Förde, 25 J. Schleswig-Holstein. Landtag 1947–72, (1972) (P);

H. Schulze, Otto Braun od. Preußens demokrat. Sendung, 1977;

F. Osterroth, 100 J. Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, o. J. (P);

ders., Biogr. Lex. d. Sozialismus I, 1960, S. 204 f.;

Internat. Biogr. Dienst, Persönlichkeiten im Weltgeschehen, Nr. 136, 1947;

W. Kosch, Biogr. Staatshdb., 1963, S. 792;

Rhdb. (P).

Autor

Gisela M. Krause

Empfohlene Zitierweise

, „Lüdemann, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 450-452 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
